

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/55. Jahrgang

Dezember 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Die „unerwünschte Klientel“ vom Marktplatz hat keine Lobby

Die Situation am Marktplatz, am Kirchenplatz und anderen Stellen ist weder für die Betroffenen noch für die Anwohner länger tragbar. Aus diesem Grund stellte Martina Lennartz (fraktionslos/DKP) auf der letzten Stadtverordnetensitzung einen Antrag für die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes.

Der Drogenkonsum steigt, Drogendelikte nehmen zu. Jeder Tote ist einer zu viel! Auch der vom Konsum verursachte Müll und die Fäkalien- und Lärmproblematik in der Innenstadt nehmen zu. Das Einrichten eines Drogenkonsumraumes könnte sie mindern, Präventionsarbeit leisten und das Überleben der Süchtigen sichern und Krankheiten verhindern. Hilfsangebote, die die Suchtkranken dringend



benötigen, könnten diese dadurch besser erreichen.

In solchen Räumen erhalten die Betroffenen eine medizinische Grundversorgung und sterile oder hygienische Injektions- und Rauchutensilien erhalten. Sie bekommen Beratung und Schulung in sichereren Formen des Drogenkonsums,

werden für Überdosierungen sensibilisiert und können Naloxon erhalten. Die Menschen, die oft auf der Straße leben, könnten Erfrischungen erhalten, mal das Telefon benutzen, etwas Frisches zum Anziehen bekommen, duschen. Sie könnten mit Opiod-Agonisten behandelt werden. Bei einer Überdosierung wäre Hilfe direkt vor Ort.

Erfahrungsgemäß führen Drogenräume weder zu höherem Drogenkonsum bei Süchtigen noch verleiten sie Menschen zum Einstieg in den Konsum. Das Vorurteil, dass ein Drogenkonsumraum mehr Abhängige anlocke, ist statistisch nicht belegt.

Frankfurt hat vier derartige Räume. Die Zahl der Drogentoten dort

Fortsetzung auf S. 2

Kurz und Gießen:

Kitas auf dem Parkdeck, Drucken im Rathaus S. 3

Uniklinikum S. 4

Continental S. 5

Verkehrsversuch: Richter war befangen S. 5

Migration: Hass und Hetze S. 6

Kapital und Arbeit S. 7

Klimaneutral bis 2035 – kein Ziel mehr für Gießener Grüne

Vor fünf Jahren beschloss das Stadtparlament aufgrund eines Bürgerantrags, dass Gießen bis 2035 klimaneutral werden soll. Das bedeutet, dass nach 2035 alle CO₂-Emissionen entweder vermieden oder kompensiert werden müssten. Dieser Beschluss sollte später in eine rechtsverbindliche Form

gebracht werden. Die zwei Jahre später gewählte Magistratskoalition hat das nie geleistet. Der damaligen Willensbekundung folgten auch keine konkreten kurzfristigen Ziele. Der CO₂-Ausstoß in der Stadt sank zwar langsam, aber nie stark genug, um Klimaneutralität rechtzeitig zu

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1: Die „unerwünschte Klientel“ vom Marktplatz hat keine Lobby

sinkt. 1991 waren es 147. 2022 waren es nur noch 20! Bundesweit steigt aber die Zahl – vor allem da, wo es keine Konsumräume gibt: 2012 waren es 944 Drogentote, 2023 schon 2.227.

Hauptziel sollte sein, das Überleben der süchtigen Menschen zu sichern und Krankheiten zu verhindern. Wenn Suchtkranke diese Räume nutzen, werden sich auch die Probleme wie hinterlassener Müll und Belästigungen reduzieren. In Drogenkonsumräumen erfahren Mitarbeiter eher vom zunehmenden Konsum von Crack und Fentanyl und können zeitnah Aufklärungsarbeit leisten.

Welche Überlegungen hören wir dazu von der Stadtregierung?

Schärfere Polizeikontrollen, mehr Licht am Kirchenplatz, Food Trucks. Waffenverbotszone. Der Sozialdezernent Arman (SPD) schlägt „Safer Use“ vor und hält das für auseichend.

„Safer Use“-Programme stellen sicher wertvolle Ansätze zur Schadensminimierung dar, bieten jedoch nicht so umfassende Unterstützung und Sicherheit wie Drogenkonsumräume. Bis zum Aufbau eines Drogenkonsumraums kann „Safer Use“ als Überbrückung unterstützend dienen.

Sucht- und Drogenbeauftragter der Bundesregierung, Burkhard Blienert (SPD):

„Wir sollten Drogenkonsum als das ansehen, was er ist, ein Problem für die öffentliche Gesundheit. Und wir müssen uns immer wieder klar machen: Niemand sucht sich aus, dass er suchtkrank wird. Das Ganze hat oft eine lange Vorgeschichte. Das muss allen bewusst sein; wir müssen aufhören, Menschen mit Suchtproblemen an den Rand der Gesellschaft abzuschieben.“

Auch er betont die Wichtigkeit von Drogenkonsumräumen als schadensminimierende Hilfemaßnahme und begrüßt, dass auch kleinere Kommunen mittlerweile auf die Einrichtung solcher geschützten Angebote für den Drogenkonsum setzen. Stimmt alles, dennoch lehnte das Stadtparlament den Drogenkonsumraum ab.

Martina Lennartz

Fortsetzung von Seite 1: Klimaneutral bis 2035 – kein Ziel mehr für Gießener Grüne

erreichen. Bei der Vorlage des neuesten Umwelt- und Klimaberichtes haben die Grünen als stärkste Partei in der Koalition das damals beschlossene Ziel für unerreicherbar erklärt. Bürgermeister Wright und Stadträtin Weigel-Greilich sagten, ein von einem früheren Stadtparlament getroffener Beschluss könne nicht über Legislaturperioden hinweg verbindlich sein. Jedes neu gewählte Stadtparlament könne neu entscheiden, wofür Geld ausgegeben wird.

Ein bedeutender CO₂-Emittent in der Stadt ist der Straßenverkehr. Ohne wirkungsvolle Maßnahmen für CO₂-arme Mobilität wird es keine deutliche Verringerung der Emissionen geben. Lokal, national und global werden gerne langfristige Ziele beschlossen, die dann aber nicht in kurzfristige Maßnahmen umgesetzt werden. Bei vielen Aktionen gegen die Erderwärmung ist die Parole zu hören, das System müsse geändert werden. Der jetzige Rückzieher in Gießen verdeutlicht, dass für so einen Systemwechsel weiter gekämpft werden muss.

Gernot Linhart

Stadt	Versiegelung* (%)	Grünvolumen** (m ³ Grün/m ² Fläche)
Rüsselsheim am Main	55,62 ●	3,35 ●
Frankfurt am Main	51,32 ●	2,61 ●
Offenbach am Main	52,73 ●	4,84 ●
Darmstadt	50,73 ●	4,15 ●
Hanau	49,91 ●	3,76 ●
Gießen	48,34 ●	3,57 ●
Fulda	46,04 ●	2,86 ●
Wetzlar	45,66 ●	3,57 ●
Wiesbaden	45,47 ●	3,53 ●
Kassel	45,18 ●	3,93 ●
Bad Homburg v. d. Höhe	44,70 ●	3,75 ●
Marburg	41,77 ●	5,65 ●

Quelle: Deutsche Umwelthilfe e.V., www.duh.de, Stand: Juli 2024

Gießener Tricks beim Wasserpreis

Vor 15 Jahren stellte das Bundeskartellamt fest, dass in vielen Städten der Preis für Trinkwasser zu hoch ist. Das Kartellamt ist zuständig für die Kontrolle von Monopolpreisen, darunter fällt die Wasserversorgung, da es keine konkurrierenden Leitungsnetze geben kann. Viele Städte senkten daraufhin ihre Preise und zahlten die zu viel bezahlten Beträge an die Kunden zurück.

Der Gießener Magistrat ging einen anderen Weg. Er übertrug die Wasserversorgung von der Stadtwerke AG auf den neu gegründeten kommunalen Betrieb Mittelhessische Wasserwerke. Für kommunale

le Betriebe ist das Kartellamt nicht zuständig, sie unterliegen einer parlamentarischen Kontrolle. Die funktioniert in der Regel sehr schlecht. Den Kontrolleuren steht die Stadtkasse näher als die der Bürger. In Gießen blieben die Preise also hoch und heißen jetzt „Gebühren“.

Auch das zu viel gezahlte Geld wollten die Stadtwerke nicht zurückzahlen, sie legten Einspruch gegen die Anordnung des Kartellamtes ein. Der Rechtsstreit zog sich bis jetzt hin. Nun werden die zu viel berechneten 5,7 Millionen Euro von den Stadtwerken an die Mittelhessischen Wasserbetriebe überwiesen.

Sie sollen mit zukünftigen Preiserhöhungen verrechnet werden. Zufällig war gerade eine Erhöhung beschlossen worden, die wird wegen dieser Regelung zurückgenommen. Kunden, die damals zu viel bezahlt haben, aber keine Kunden der Wasserbetriebe mehr sind, gehen leer aus. Der Wasserpreis in Gießen wird auch zukünftig zu hoch bleiben. Die Wasserbetriebe machen jedes Jahr Gewinne in Millionenhöhe, die sie an die Stadtkasse überweisen oder in ihren Rücklagen bunkern.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



„Besonderes Projekt mit herausragender Bedeutung“

Kitas auf dem Parkdeck im leeren Neustädter Konsumtempel – das ist wohl der neueste Trend des Jugendamts unter Frau Weigel-Greilichs Regie. Denn Kitas gehören „... mitten ins Zentrum, mitten in die Innenstadt...“. Neben fahrende und parkende Autos? Weil da die

Luft so gut ist, und das Grün der Wälder die Kindernerven beruhigt? Nein, weil Eltern bevorzugen, die Kinder direkt vor der Tagesstätte mit dem Auto absetzen zu können, wird die grüne Jugenddezernentin zitiert. Den Gießenern wäre viel erspart geblieben, wenn die Landes-

gartenschau 2014 auf Parkdecks stattgefunden hätte. Das wäre mal ein „besonderes Projekt mit herausragender Bedeutung“ gewesen. Aber darauf kommt man nur bei Kindern, weil die keinen Widerstand leisten können. (Zitate aus Gießener Anzeiger, 25.11.2024)

Drucken im Stadtbüro?

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Martina Lennartz (fraktionslos/DKP) nach einer öffentlichen Druck-Möglichkeit im Stadtbüro stellte sich heraus, dass vor fünf Jahren diese Möglichkeit „wegen

geringer Nachfrage“ abgeschafft und auch nicht wieder installiert wurde. Stattdessen können Ratsuchende an der Info-Theke des Rathauses Ausdrucke fertigen lassen. 2023 wurde dann auch für Büche-

reinutzende mit Leseausweis diese Möglichkeit abgeschafft. Es würde aber eine neue öffentliche Druckmöglichkeit geprüft, machte der Oberbürgermeister Hoffnung.

Gießen: Wohnungs-Politik katastrophal

5000 Wohnungssuchende - Wohnbau-Geschäftsführerin Dorothee Haberland beschreibt das in einem Interview mit dem Gießener Anzeiger als „angespannte Situation“. Die Zahl derjenigen, die in Gießen eine bezahlbare Bleibe suchten, stieg von 2016 (1500) über 2021 (2100) bis 2024 noch einmal um 2.900 Menschen. Schlimmer und nüchterner kann man ein Versagen sozialer Fürsorge nicht beschreiben. Haberland weist auf den Zuzug vieler Menschen nach Gießen hin. Zu spät reagierten die regierenden Gießener Politiker auf diesen Umstand.

Hätten die Verantwortlichen mal auf die ständigen Warnungen des Gießener Mietervereins gehört.

2015 etwa: „Der Mieterverein wiederholt seine Kritik, dass im Rathaus beim Wohnungsbau nur auf private Bauträger gesetzt werde. Bei deren Projekten entstünden jedoch nur hochpreisige Eigentumswohnungen, die Menschen mit kleinerer Brieftasche weder erwerben noch wegen der hohen Mieten beziehen könnten.“ (Gießener Allgemeine, 8.1.2015). Grund dafür sei das Schielen der Stadtregierung auf Bürger mit hohem Einkommen. Denn das verschafft dem Stadthaushalt höhere Einkommenssteuern.

Mit diesem Unwillen, preiswerte Sozialwohnungen zu schaffen, werkeln Gießener Koalitionen seit Jahrzehnten vor sich hin. Die Stadt

ist im Besitz eines eigenen Wohnungsbauunternehmens (Wohnbau GmbH), das seine Bauaufträge nach der politischen Vorgabe vergibt. Wenn allerdings Kinkerlitzchen, wie z. B. eine „stehende Lahnwelle“ für SPD, Grüne, CDU und FDP wichtiger sind, dann steht der Wohnungsbau still. Geld kann man nur einmal ausgeben!

Vom Ziel mindestens 150 Sozialwohnungen pro Jahr zu schaffen ist der Magistrat weit entfernt. Die Wohnbau hat in den Jahren 2019 bis 2023 nur 251 Wohnungen neu errichtet, auch wenn in der Presse viele Ankündigungen und Absichten veröffentlicht werden.

Mit dem Investitionsprogramm „Soziales Wohnen“ werden erst seit 2023 private Bauinvestitionen mit Steuergeldern von der Stadt subventioniert. 25 Jahre Preisbindung und eine Anfangsmiete von 7,30 € (Kaltmiete) für untere Einkommen sollen helfen, den Wohnungsbau anzuregen.

M. Berger



Unterstütze die Forderungen

1. Mieterhöhungen begrenzen
2. Mietpreisbremse scharf stellen
3. Klimaschutz und Wärmewende sozialverträglich gestalten

Mieterbund: <https://mietenstopp.de>

Uniklinikum: Entlastungsvertrag wirkt – teilweise

Im vorigen Jahr haben die Beschäftigten der Unikliniken Gießen/Marburg (UKGM) nach insgesamt 19 Streiktagen einen Tarifvertrag zur Entlastung des Personals durchgesetzt. Jetzt wurde von ihnen und ihrer Gewerkschaft ver.di erstmals überprüft, wie sich dieser Vertrag auswirkt. Das Ergebnis ist durchwachsen – in einigen Bereichen gibt es deutliche Verbesserungen, in anderen hat sich wenig getan.

Vor allem die Erfassung von Überlastungen lässt zu wünschen übrig. Es bleibt dem Personal selbst überlassen, zu hohe Belastungen zu dokumentieren und zu melden. Die Geschäftsleitung meint dazu, das sei kein Problem - sie hätte an-

geboten, Überlastungen pauschal durch Freizeit oder Geld auszugleichen. Dabei kommt es zu Ungerechtigkeiten, die ärgerlich für die Betroffenen sind.

Den Gewinn des Klinikbetreibers Rhön AG hat der hart erkämpfte Entlastungsvertrag nicht geschmälert. Für das vorige Geschäftsjahr wurde wieder ein Überschuss von 15 Millionen Euro gemeldet. Die Aktionäre können zufrieden sein. Ein Grund für den Gewinn sind die 50 Millionen



pro Jahr, die das Land für Investitionen zuschießt. Dieser Betrag ist für viele Jahre zugesichert. Von einer zukunftssicheren Finanzierung von Investitionen können andere Kliniken nur träumen. Krankenhäuser gehören nicht in die Hände von profitorientierten Investoren.

Gernot Linhart

Mahngang zur Reichspogromnacht in Gießen am 9. November 2024



Doppelt so viele Menschen wie letztes Jahr folgten dem Aufruf der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-BdA*, von *DGB*, *OMAS GEGEN RECHTS*, *Friedensnetzwerk* und *Gießen Bleibt Bunt* zum Mahngang anlässlich der Reichspogromnacht 1938. Mit der Mah-

nung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" und in Erinnerung an die organisierten Verbrechen der Faschisten an jüdischen Mitbürgern – nachdem die meisten Widerständler der Arbeiterklasse (Gewerkschaften, Kommunisten, Sozialdemokraten) bereits in KZ

und Zuchthaus verschleppt waren – gedachte man an einzelnen Erinnerungsstätten in der Stadt der Gräueltaten des Gießener Mobs. Die Stationen waren: Berliner Platz, Neuen Bäume (Gestapo-Folterzentrale), Kirchenplatz, Alte Synagoge in der Steinstraße, Bahnhofstraße. Am Schluss legte die VVN-BdA einen Kranz an der Erinnerungsstätte vor dem Rathaus nieder.

M.B.

Anmerkung: Die Gießener Allgemeine Zeitung „informierte“ nur in wenigen untergeordneten Zeilen, der Anzeiger verschwiegen den Mahngang!

Arbeiterwiderstand im Dritten Reich

Am 04.11. stellte Ulrich Schneider (VVN/BdA) auf der Veranstaltung von ARAG und DKP die unterschiedlichen Phasen des Arbeiterwiderstands im Faschismus und dessen Formen dar.

In der Geschichtsschreibung der BRD wird meist nur Bezug auf den vermeintlichen Widerstand der Offiziere vom 20. Juli oder den studentischen Widerstand (z.B. „Weiße Rose“) genommen. Verschwiegen wird häufig, dass der Widerstand in

erster Linie von den Menschen der Arbeiterbewegung ausging. War die Arbeiterbewegung doch die Gruppe, welche von den Faschisten als erste angegriffen wurde.

Ebenso wichtig ist allerdings auch die Erkenntnis, dass nur eine genaue Analyse des Faschismus als Herrschaftsform des Kapitalismus die Ziele dieses gemeinsamen Kampfes richtig bestimmen kann.

M.L.



Planlose Manager

Vor einem Jahr, kurz vor Weihnachten, verkündete Continental seiner Belegschaft im Entwicklungsstandort Wetzlar, dass dieser bis Ende 2025 geschlossen werden soll. Das Unternehmen sieht vor, einen Teil der Belegschaft zu halten und mit KollegInnen von anderen Standorten im Rhein-Main Gebiet in der Frankfurter Niederlassung zusammenzuziehen. Gleichzeitig möchte der Automobilzulieferer auch dort 630 Jobs abbauen. Die überzähligen Mitarbeiter wird Continental wohl auf die Straße setzen.

Die Wetzlarer KollegInnen waren von den Plänen entsetzt und entschlossen sich, für ihren Standort zu kämpfen. Sie sind überzeugt von ihrer Arbeit und wollen sich nicht abfertigen lassen. Diverse Versuche, die Entscheidung zu beeinflussen, sind seitdem bei den zuständigen Managern auf taube Ohren gestoßen. Stattdessen erfolgte der Versuch, die Belegschaft mit einem knapp bemessenen „Freiwilligenprogramm“ abzuspeisen, dessen Abfindungssummen auf einer Standortschließung aus dem Jahre 2008 basierten.

Aktuell scheint Continental Schwierigkeiten mit der Umsetzung ihres Plans zu haben,

zumindest zeigen sich in Wetzlar bisher wenige Entwicklungen in Richtung Standortschließung. Vieles ist noch unklar. Nicht zuletzt die Tatsache, dass die Wetzlarer KollegInnen noch an geschäftskritischen Projekten arbeiten und eine Verlagerung unter allgemeinem Sparzwang schwierig zu organisieren ist, scheint die Standortschließung weiter zu verzögern.

Unterdessen hoffen viele der KollegInnen auf eine Übernahme des

Werkes durch einen Investor und somit auf die eventuelle Sicherung ihres Arbeitsplatzes. Doch auch eine solche Übernahme bringt oftmals Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der KollegInnen mit sich. So erst jüngst geschehen bei dem Verkauf von Buderus Edelstahl Wetzlar an das Beteiligungsunternehmen Mutares, das bereits angekündigt hat, die Tarifbindung aufzukündigen.

M.La.



Verkehrsversuch: Richter war befangen

Kürzlich wurde der Präsident des Verwaltungsgerichtes in Gießen, Harald Wack, verabschiedet. Er wurde schon im vorigen Jahr Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof Kassel. Sowohl in Gießen als auch in Kassel verbot er die Weiterführung des Gießener Verkehrs-

versuches. Danach verbot er auch das Protestcamp in der Landgrafenstraße. In allen Urteilen betonte er vor allem die Freiheitsrechte der Autofahrer.

Bei der verspäteten Feier zu seiner Verabschiedung sprach er auch über seine damaligen Urteile.

Zu den Aktivisten, die für eine Verkehrswende eintraten, meinte er: „Diesen Politchaoten geht es nicht um Umweltschutz, sondern um die Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung“. Erstaunlich, wie dieser Mann in die Köpfe von Menschen hineinsehen kann. Ob seine Vorurteile nicht seine Urteile beeinflussen?

Die Verkehrswendeaktivisten hatten den Richter für befangen gehalten, da er Mitglied der FDP ist. Diese Partei will bekanntlich Fußgängerzonen in Städten verkleinern und Radwege zugunsten von Kraftfahrzeugen abschaffen. Nun hat er selbst bestätigt, wie befangen er war. In seiner Zeit in Gießen hatte er Urteile zu Gunsten der NPD gesprochen. Gernot Linhart

Aktivisten zeigen Richter an

Jurist des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hatte Protestler bei Amtswechselfeier als »Politchaoten« bezeichnet

VON INGO BERGHÖFER

Gießen. Mehrere Verkehrswende-Aktivisten haben Anzeigen gegen den Vorsitzenden Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof und früheren Präsidenten des Verwaltungsgerichts Gießen, Harald Wack, erstattet. Der Vorwurf lautet: üble Nachrede und Volksverhetzung. Grundlage sind Äußerungen Wacks bei dessen offizieller Verabschiedung am Montag im Bürgerhaus Wiesseck, die in beiden Gießener Tageszeitungen wiedergegeben wurden. Von der Staatsanwaltschaft gab es bis Freitagabend noch keine Eingangsbestä-



Zeitweise musste das angemeldete Protestcamp von Verkehrswende-Aktivisten vor einem Jahr in der Landgrafenstraße mit Betonsperren geschützt werden. Archivfoto: Pfeiffer

es sich um Institutionen, die auch in Zukunft über versammlungsgesetzliche Streitfragen entscheiden müssten, ebenso wie er selbst am Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Hier eine Voreingenommenheit zu erzeugen, mache die Aussage zu einer gezielten Intervention zum Nachteil der beleidigten Personengruppe. Ferner bestche der Verdacht, dass der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt sei, weil er laut dem Paragraphen 130 Strafgesetzbuch seine Äußerungen gegenüber einem Teil der Bevölkerung getätigt habe, zudem auch gegen »Bevölkerungssteile, die durch ihre poli-

Angriffen auf Fahrradfahrer, Bspucken, Brandstiftung oder Stein- und Eierwürfen gegen Verkehrswende-Aktivisten und deren Protestcamp entladen hätten. Aus Besorgnis vor Gewalttaten aus »den aufgeregten Teilen der Autofahrer« habe die Stadt Gießen das Protestcamp zeitweise sogar mit Betonsperren schützen müssen. Zum Zeitpunkt seiner Rede seien all diese Geschehnisse bekannt gewesen, heißt es weiter in der Anzeige. Harald Wack sei damals ja auch durch das laufende Verfahren um das Verbot der Versammlung in der Landgrafenstraße in die Abläufe involviert gewesen. Deshalb

Migration – nicht das größte Problem

„Die Migration ist die Mutter aller Probleme“ – dieser Satz des damaligen Innenministers Seehofer wird inzwischen von fast allen Bundestagspolitikern, außer den Linken, nicht nur nachgeplappert – er bestimmt ihr Handeln. „Messer-männer, Kopftuchmädchen“, keifte AfD-Weidel. Inzwischen stehen ihr viele als gemäßigt geltende Menschen kaum nach. Die Hetze – oft als „gegen Illegale“ verbrämt – trifft alle nichtdeutschstämmigen Bürger. So wie vor vielen Jahren die Kampagne des damaligen hessischen CDU-Spitzenkandidaten Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von vielen als „gegen die Ausländer“ gerichtet verstanden wurde. Etwa 20% der derzeitigen Bevölkerung Deutschlands haben keine deutschen Vorfahren. In großen Städten ist der Anteil höher, in Kleinstädten und Dörfern geringer.

Von den Menschen mit Migrationshintergrund sind nur etwa 10% als Asylsuchende oder Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist die sogenannte illegale Einwanderung gering. Sie liegt in allen eu-

ropäischen Staaten im Promillebereich. Ein Neuankömmling pro Jahr auf 200 bis 500 Einwohner – das müsste doch zu bewältigen sein.

Probleme sind die ungleichmäßige Verteilung, die Konzentration auf wenige Auffanglager und die Dauer, in der die Betroffenen nicht arbeiten und sich nicht selbst eine Unterkunft suchen dürfen. Die von Bundeskanzler Scholz angedrohte „Abschiebung im großen Stil“ ist ein völlig falsches Signal. Es bestätigt die Haltung der Fremdenfeindlichen und verunsichert die Betroffenen. Auch wenn die Ausländerbehörden den größten Teil ihrer Arbeitszeit auf die Vorbereitung von Abschiebungen verwendeten – die Zahl der von einigen Menschen als fremd empfundenen Einwohner würde sich nicht merklich ändern.

Das Hochspielen der Einwanderung lenkt von anderen Problemen ab, die Politiker eigentlich lösen müssten. Leider fallen noch zu viele Menschen auf diesen Trick rein.

Gernot Linhart



Hass und Hetze explodieren

Wenn es wirtschaftlich, politisch und sozial bergab geht, werden Sündenböcke gebraucht. Und wenn es darum geht, das Volk aufzuhetzen, dann sind AfD und BILD immer ganz vorn dabei.

Da werden Kriminalitätsstatistiken so interpretiert, wie man es gerade braucht. Sieht man sich das Ganze genauer an, stellen sich doch einige Fragen. Abgesehen davon, dass nur Ausländer bestimmte Straftaten begehen können, wie „illegale Einreise“, Verstöße gegen das Asylgesetz oder das Aufenthaltsgesetz, unterliegen sie in der Regel viel häufigeren Kontrollen und geraten aufgrund von Vorurteilen öfter unter Verdacht als Deutsche.

Auch die soziale Lage ist von Bedeutung. In Deutschland lebende Ausländer haben ein dreifach höheres Armutsrisiko als Deutsche. Sie

erhalten geringere Sozialleistungen als Deutsche und diese werden im kommenden Jahr weiter gekürzt. Armut, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit führen zu Verzweiflung und können Fehlverhalten auslösen.

Dabei werden „nützliche“, gut ausgebildete Ausländer angeheuert, um die Arbeit zu erledigen, für die sich zu wenige Deutsche finden: von der Pflege bis zur Bauwirt-

schaft, von der Erntehilfe bis zum IT-Bereich, von der Gastronomie bis zum Paketdienst. Sie werden oft mit schlechter Bezahlung abgespeist. Und wer nicht gebraucht wird, der soll möglichst schnell abgeschoben werden.

AfD und BILD machen die Hetze – SPD, GRÜNE, FDP, CDU/CSU machen die Gesetze. Früher waren es „die Juden“, heute sind es „die Ausländer“, die zu unserem Unglück erklärt werden.

Wir setzen der Spaltung und der Hetze unsere Solidarität entgegen. Wir stehen mit Flüchtlingen und Arbeitsmigranten auf der gleichen Seite der Barrikade. Wir haben den gleichen Gegner: die Banken und Konzerne, die Superreichen und die in ihrem Interesse regierenden Parteien.

Andreas Heine



Kapital und Arbeit

Kurzarbeit, Arbeitsplatzabbau, die Androhung von Werksschließungen, dazu eine Struktur- und Industriepolitik aus Berlin, die den Namen nicht verdient. Dies waren die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die IG Metall die aktuelle Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie führen musste.

Sieben Prozent mehr Lohn und eine Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 170 Euro waren die zentralen Forderungen. Hierfür hatten seit Ende Oktober bundesweit mehr als 620.000 Kolleginnen und Kollegen mit Warnstreiks Druck gemacht. Auch im Bereich der heimischen Geschäftsstelle der IG Metall beteiligten sich mehrere Tausend Metallerinnen und Metaller aus zahlreichen Betrieben am Arbeitskampf.

In der Nacht vom 11. auf den 12. Oktober einigten sich Gewerkschaft und der Unternehmerverband Gesamtmetall auf einen Pilotabschluss in den Tarifbezirken Bayern und Küste. Drei Tage später wurde dieser auch für den Tarifbezirk Mitte - bestehend aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

- übernommen. Die Löhne und Gehälter sollen in zwei Stufen um 5,1% erhöht werden: um 2% zum 1. April 2025 und um 3,1% zum 1. April 2026. Bereits zwischen Dezember und Februar werden die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 600 Euro erhalten.

Zudem steigt die Auszubildendenvergütung ab 1. Januar um 140 Euro pro Ausbildungsjahr. Darüber hinaus setzte die IG Metall mit der Erhöhung des jährlichen Tariflichen Zusatzgeldes (T-ZUG B) von derzeit 18,5% des Eckentgelts des jeweiligen Tarifgebiets um acht Prozentpunkte auf 26,5% ab Februar 2026

eine soziale Komponente durch, von der Beschäftigte in unteren Entgeltgruppen stärker profitieren. Außerdem erreichte die IG Metall mehr freie Tage für mehr Beschäftigte bei der Wahloption zwischen Zeit und Geld beim tariflichen Zusatzgeld (T-ZUG).

Die Laufzeit beträgt 25 Monate und läuft im Oktober 2026 aus. Die Friedenspflicht endet, anders als bisher üblich, nicht zwei Wochen vor dem Ende der Laufzeit, sondern bereits im September. Dann werden die Karten hoffentlich unter besseren Bedingungen neu gemischt.

Ulf Immelt



US-Wahlen: Das Kapital regiert nun ohne Maskerade!

Die US-Wahlen 2024 sind eindeutiger ausgefallen als die bürgerliche Presse in Deutschland dachte. Donald Trump gewann mit Abstand. Es gibt keinen westlichen Staat, in dem der Wahlerfolg so offensichtlich vom großen Geld bestimmt wird, wie in den USA. In den deutschen Medien kommt keiner auf die Idee, die Frage zu stellen, ob die USA vielleicht keine Demokratie, sondern eine Oligarchie sind. Die deutliche Wahl von Trump ist ein weiteres Zeichen für die Krise der bürgerlichen Demokratie. Wenn selbst in den USA, deren politisches System im Sinne der Herrschenden geschneidert ist, ein reaktionärer Demagoge gewählt wird, verheißt dies nichts Gutes. Trump verdankt seinen politischen Triumph dem Umstand, dass die Demokratische

Partei mit ihrer Kandidatin Harris keine politische Alternative bietet. Ihre Zielgruppe sind die wohlhabenden Mittelschichten. Aber die Demokraten repräsentieren nur einen anderen Flügel des US-Kapitals. Der Lebensstandard von Millionen ist unter Biden nicht besser geworden und gleichzeitig fließen Milliarden in den Militärisch-Industriellen Komplex. Auch die Unterstützung für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine und den Völkermord in Gaza haben den Boden für diese Wahlniederlage von Harris bereitet. Trump wird die Situation für die armen Massen nicht verbessern. Außenpolitisch wird er sich mehr auf China als Hauptgegner konzentrieren. Er will den Bruch mit der repräsentativen bürgerlichen Demokratie und will sie durch eine

direkte Diktatur des Kapitals, worin er den Volkstribun gibt, ersetzen. Weiterer Abbau bundesstaatlicher Strukturen und Abschiebungen im großen Stil stehen an. Trump verspricht, die Steuern für Reiche weiter zu senken und gesetzliche Einschränkungen für Unternehmen abzuschaffen. Hinter ihm steht eine mächtige reaktionäre kapitalistische Oligarchie. Sie wird angeführt von Leuten wie Elon Musk, Jeff Bezos, Peter Thiel und Larry Ellison. Wenn die arbeitenden Menschen merken, dass die Politik Trumps zu ihrer weiteren Verarmung führt, wird sich Widerstand regen. Allerdings wird dieser mangels politischer Alternative für den US-Kapitalismus nicht bedrohlich sein.

Henning Mächerle



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Di. 10.12. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen,
Winchester-Zimmer

Do. 12.12. um 19 Uhr:
Lesekreis bei Henning

Fr. 13.12. ab 19 Uhr:
Jahresabschlussfeier der DKP
GI, Chamäleon, Reichensand 9

Do. 19.12. um 18 Uhr:
Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

Mi. 25.12.:
Redaktionsschluss Jan.-Echo

Fr. 27.12. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI,
Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 11.01. / So. 12.01.2025
Rosa-Luxemburg-Konferenz
(www.jungewelt.de/rlk)
und LLL-Demo in Berlin –
Mitfahrgelegenheit unter
giessen@dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** setzte sich der Oberhessische Geschichtsverein für eine Ehrung von Wilhelm Liebknecht ein. Der Mitbegründer der Sozialistischen Arbeiterbewegung wurde in Gießen geboren, war hier aber fast vergessen. Zu einer Vortragsveranstaltung zu dem Thema kam keiner der eingeladenen Stadtverordneten, aber mehrere Mitglieder der außerparlamentarischen Stadtverordnetenfraktion der DKP.

Vor **40 Jahren** erreichte die Welle von Berufsverboten für beamtete DKP-Mitglieder einen Höhepunkt. Vor allem Postminister Schwarz-Schilling, später für die Privatisierung der Post verantwortlich, verhängte Dienstenthebungen. In Gießen waren Egon Momberger und Axel Brück betroffen. Gleichzeitig entwickelte sich eine Solidaritätsbewegung.

Vor **30 Jahren** stand der Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz kurz bevor. Für die Versorgung sah die hessische CDU-

Regierung nicht mehr Kindergartenplätze vor, sondern eine Vergrößerung der Gruppen um 2 bis 3 Kinder. Nachmittags sollten Plätze doppelt belegt werden. Die Öffnungszeiten der Kindergärten passten nicht zu den Arbeitszeiten der meisten Eltern.

Vor **20 Jahren** flatterten Arbeitslosen die ersten Hartz-IV-Bescheide ins Haus, viele waren falsch, Einspruch war nötig. Gleichzeitig kündigte der Gießener CDU-Magistrat an, der Gießen-Pass (Ermäßigung für kommunale Leistungen) gäbe es nur noch nach Einzelvertragsprüfung.

Vor **10 Jahren** verkaufte die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg, einen großen Teil seiner Kliniken für drei Milliarden Euro an die Fresenius AG. Die Krankenhäuser hatte die Rhön AG wenige Jahre zuvor sehr billig erworben. Sie wurden auf Kosten des Personals und der Patienten profitabel gemacht und dann teuer verkauft.

DKP unterstützt Nein zur Wehrpflicht!



<https://www.openpetition.de/petition/online/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste>

Stopp des Gesetzentwurfes zur Modernisierung wehrersatzrechtlicher

Vorschriften und zur Einführung eines neuen Wehrdienstes – für die Selbstbestimmung Jugendlicher!

81% der Jugendlichen hat Angst vor Krieg (Shell Jugendstudie 2024).

Wir gratulieren herzlichst unserer Freundin und Genossin



Erika Beltz

* 21.12.1944

zum 80. Geburtstag



Wir wünschen Dir viel Gesundheit, Glück und Freude mit deinen Lieben.

Deine Genossinnen und Genossen der DKP Gießen

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief
an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****